

HANDELSBLATT, Donnerstag, 3. Januar 2008, 10:00 Uhr

Diskussion über Hochschulrefomen

Zu wenig Geld, zu viel Bürokratie – das Dilemma der Unis

Von [Olaf Storbeck](#)

Deutsche Auslandsökonomien diskutieren auf ihrem Jahrestreffen in Mannheim mit heimischen Hochschul-Experten über die Wettbewerbsfähigkeit des Universitäten. Konsens ist: Vieles liegt im Argen, allerdings gibt es auch einige Fortschritte. Neben mehr Geld brauchen die Hochschulen vor allem mehr Freiheit.



Podiumsdiskussion in Mannheim. Im Bild (von links): Rosemarie Nagel (UPF), Hans-Wolfgang Arndt (Uni Mannheim), Dirk Krüger (Penn), Michael Schuster (DFG), Eckhard Janeba (Mannheim), Foto: Olaf Storbeck

Deutsche Universitäten haben große Schwierigkeiten, ehrgeizigen Nachwuchsforschern international wettbewerbsfähige Arbeitsbedingungen zu bieten. Viele junge, talentierte Wissenschaftler wandern daher ins Ausland ab und tun sich später sehr schwer mit einer Rückkehr nach Deutschland.

Das ist das Fazit einer hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion zur Attraktivität der heimischen Hochschulen, die jüngst beim jährlichen Treffen deutscher Wirtschaftswissenschaftler im Ausland in Mannheim stattfand. Hauptübel sei die zu geringe

Finanzausstattung der Unis, ihre ineffiziente Organisation, das starre Hochschulrecht sowie unsichere Karriereperspektiven für junge Wissenschaftler, waren sich Experten aus dem In- und Ausland einig.

» **Neue Trends in VWL und BWL** – der Ökonomie-Newsletter bringt sie einmal pro Woche auf den neuesten Stand

Gerade in der Wirtschaftswissenschaft haben es deutsche Hochschulen zunehmend schwerer, die besten Nachwuchswissenschaftler an sich zu binden. Von den 100 forschungstärksten deutschen Ökonomen unter 45 Jahren arbeitet jeder zweite nicht in der Bundesrepublik, zeigte das im April 2007 veröffentlichte Handelsblatt-Ranking zu den Auslandsökonomien.

Nicht der Wechsel ins Ausland ist ein Problem - sondern die Tatsache, dass nur Wenige später wieder zurückkommen. „Viele Deutsche, die in anderen Ländern tätig sind, würden prinzipiell gerne zurückkehren“, berichtete Eckhard Janeba, Professor für Volkswirtschaftslehre in Mannheim. „Aber die konkreten Arbeitsbedingungen für Forscher an deutschen Unis schrecken viele

Rückkehrwillige ab.“

Vor allem jüngeren Forscher, die gerade ihre Promotion hinter sich haben, kann das deutsche Uni-System wenig bieten: Habilitationsstellen sind nicht sonderlich attraktiv bezahlt und vor allem zeitlich befristet – das Hausberufungsverbot macht es den deutschen Unis unmöglich, guten Nachwuchsforschern dauerhafte Perspektiven geben. „Dass war für mich eines der Hauptargumente, nach der Promotion nicht in Deutschland zu bleiben“, berichtete Rosemarie Nagel, Ökonomin an der Universität Pompeu Fabra in Barcelona.

In den USA, aber auch in Ländern wie Großbritannien und Spanien gibt es dagegen das so genannte „tenure track“-Verfahren: Promovierte Nachwuchsforscher bekommen zwar ebenfalls eine befristete Stelle – aber wer sich bewährt, kann nach sechs Jahren aber an der gleichen Universität eine Stelle auf Lebenszeit („tenure“) bekommen.

„Ohne ‚tenure track‘ sind deutsche Universitäten für junge Wissenschaftler nicht wirklich attraktiv“, sagte der Makroökonom Dirk Krüger, der Anfang 2007 von Frankfurt an die University of Pennsylvania wechselte. Zudem seien die deutschen Professorengelöhne häufig nicht wettbewerbsfähig. „An einer amerikanischen Top-Universität verdienen 40-Jährige schnell 250 000 US-Dollar pro Jahr“, berichtete Krüger. In Mannheim dagegen beträgt das Durchschnittsgehalt eines Professors 81000 Euro.

Lesen Sie weiter auf Seite 2: Wie die DFG die Lage sieht

„Insgesamt wird in Deutschland zu wenig Geld in die Universitäten gesteckt“, kritisierte Michael Schuster, Programmdirektor für Geistes- und Sozialwissenschaften bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Die Folgen seien zu wenig Lehrpersonal, schlechte Ressourcen-Ausstattung und zu niedrige und zu wenig nach individueller Leistung differenzierte Gehälter.

Ähnlich argumentierte der Mannheimer Uni-Rektor Hans-Wolfgang Arndt: „Eine der entscheidenden Fragen ist: Wie viel Ungleichheit verträgt die deutsche Universität?“ Zwar sei es inzwischen möglich, die Professoren-Gehälter individuell zu differenzieren. „Gleichzeitig ist unser Top für Personal aber gedeckelt“, berichtete Arndt. Das, was er einem Forscher mehr bezahle, müsse er letztlich einem anderen wegnehmen. „Das führt zu unheimlich viel Neid, Missgunst und Gerüchten innerhalb der Fakultäten.“

Problematisch sei auch, dass die Qualität der wissenschaftlichen Forschung in der Bildungspolitik kein relevantes Kriterium sei. Die Mittelvergabe für die einzelnen Fächer orientiere sich nahezu ausschließlich an der Zahl der Studierenden. Um mehr Geld für Forschung und Lehre zu bekommen, „gehe ich betteln bei der Wirtschaft“, berichtete Arndt.

Neben der zu geringen Finanzausstattung haben die Fakultäten nach Ansicht des Mannheimer Professors Janeba zu wenig Freiheit beim Umgang mit den Mitteln. „Wir können das Geld oft nicht so verwenden, wie wir gerne möchten.“

So dürften die Mittel, die die Unis durch die Studiengebühren zusätzlich bekommen, nur für bestimmte Zwecke verwendet werden. Dadurch wachse die Bürokratie. Janeba: „Wir haben am Lehrstuhl eine extra Buchführung eingeführt, um den Überblick zu behalten, was wir mit Mitteln aus

Studiengebühren finanzieren können und was nicht.“

Trotz aller Probleme sehen die Experten Fortschritte an den Universitäten. „Ich höre zwar nach wie vor viele Klagen darüber, wie schwerfällig und bürokratisch die deutschen Universitäten sind“, berichtete DFG-Programmdirektor Schuster. „Gleichzeitig ist aber an den Universitäten so viel in Bewegung wie noch nie in den 25 Jahren, die ich bei der DFG bin.“ Es sei „nicht zu verachten“, was innerhalb des bestehenden Systems an Fortschritten und Verbesserungen möglich sei. Auch Krüger aus Pennsylvania lobte den Reformeifer an deutschen Universitäten: „Es gibt an immer mehr Fakultäten Leute, die genau das richtige vorhaben.“

Viele Reform-Ideen scheiterten an politischen Hürden, so der Mannheimer Rektor Arndt. So werbe er seit langem im Stuttgarter Bildungsministerium dafür, die Lehrverpflichtungen der Professoren flexibler zu machen – stoße aber auf wenig Gehör. Auch eine stärkere Konzentration einzelner Universitäten auf ihre Stärken sei politisch schwer durchsetzbar. Arndt: „Derzeit fehlt den deutschen Universitäten häufig die kritische Masse.“

» **Neue Trends in VWL und BWL** – der Ökonomie-Newsletter bringt sie einmal pro Woche auf den neuesten Stand

Informationen zur Zeitverzögerung und Nutzungshinweise:

Die in Handelsblatt.com veröffentlichten Artikel, Daten und Prognosen sind mit größter Sorgfalt recherchiert. Nachrichten und Artikel beruhen teilweise auf Meldungen der Nachrichtenagenturen AP, dpa, sid, Reuters und Dow Jones. Dennoch können weder die Verlagsgruppe Handelsblatt, noch deren Lieferanten für die Richtigkeit eine Gewähr übernehmen. Das Handelsblatt weist ausdrücklich darauf hin, dass die veröffentlichten Artikel, Daten und Prognosen keine Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder Rechten darstellen. Sie ersetzen auch nicht eine fachliche Beratung. Die Verlagsgruppe Handelsblatt versichert zudem, dass persönliche Kundendaten mit größter Sorgfalt behandelt und nicht ohne Zustimmung der Betroffenen an Dritte weitergegeben werden. Alle Rechte vorbehalten.

Währungsdaten sowie die Kurse von Lang & Schwarz werden soweit technisch möglich ohne Zeitverzögerung angeboten. Andere Börsenkurse werden zeitverzögert um mindestens folgende Zeitspannen angezeigt: Deutsche Börse AG 15 Min., Börse Stuttgart AG 15 Min., AMEX 20 Min., NASDAQ 15 Min., NYSE 20 Min.

Die Reproduktion oder Modifikation ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung des Verlages ist untersagt.

All rights reserved. Reproduction or modification in whole or in part without express written permission is prohibited.